

ihrer Aus- und Fortbildung den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen müsse. Dies werde sich nicht durch einen Erlaß realisieren lassen. Ein solcher Bewußtseinswandel erfordere Zeit.

Die Fortbildung sei seines Erachtens in ganz besonderer Weise notwendig. Es müsse auch eine qualifizierte, eine überzeugende Fortbildung sein. Die ersten Versuche mit dem Konfliktbewältigungs- und Kommunikationstraining ließen für die Zukunft Veränderungen erhoffen.

Die SPD bedauere ebenfalls, daß dem Innenressort wie auch allen anderen Ressorts nicht mehr Mittel zur Verfügung stünden. Insofern betrachte die SPD-Fraktion diesen Modellversuch und die daraus gezogenen Folgerungen als sinnvolle Schritte in Richtung auf die Ziele Bürgernähe und Prävention.

Für Abg. Kuhl (F.D.P.) klingt aus den Worten des SPD-Sprechers Resignation, wenn er feststelle, daß man in diesem Jahr für einen so wichtigen Bereich nicht genügend Mittel zur Verfügung stelle. Natürlich sei eine ganze Reihe von gesellschaftspolitisch wichtigen Dingen zu erledigen. Es stelle sich aber die Frage, ob seitens der SPD-Fraktion nicht auch an eine Mittelumverteilung gedacht werden könne.

Eines der wichtigen Probleme sei die Akzeptanz. Der Minister habe gesagt, daß der Umdenkungsprozeß weitgehend stattgefunden habe. Auch er habe aus Gesprächen mit Polizeibeamten herausgehört, daß diese für vorbeugende Maßnahmen, für Bürgernähe seien. Ob dies aber wirklich aus dem Inneren komme, wage er manchmal zu bezweifeln.

Was die Akzeptanz der Bürger angehe, so sei auf Seite 14 des Berichtes zum Modellversuch Bürgernähe von einem Verzicht auf Informationen der Bürger die Rede. Durch die Information der Bürger hätte man einiges erreichen können. In der Stadt seien Fußstreifen inzwischen ein alltäglicher Anblick; doch viele Bürger fragten sich, was der Beamte eigentlich mache. Was die Fahrradstreifen betreffe, glaubten viele Bürger, dies geschehe aus Kostengründen. Nach seinen Informationen hätten sich die mobilen Wachen mit dem VW-Bus positiv ausgewirkt. Die Presse habe dies regelmäßig durch entsprechende Ankündigungen begleitet.

Auf Seite 43 werde darauf hingewiesen, daß eine Erfolgskontrolle auch aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen sei. Im Hinblick auf die Akzeptanz halte er es jedoch für wichtig, nicht nur begleitende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorzunehmen, sondern auch das Feedback der Bürger festzustellen, um daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen, was man an dem Konzept eines solchen Versuches vielleicht verändern müsse.

Es sei völlig klar, daß Bürgernähe sehr viel Geld koste, wenn man sie effektiv betreiben wolle. Das gleiche gelte für die Fortbildung.

Er appelliere an die SPD-Fraktion, noch einmal ernsthaft darüber nachzudenken, ob man für diese, auch gesellschaftspolitisch wichtigen Bereiche nicht doch mehr Geld zur Verfügung stellen könne.

Abg. Mietz (CDU) geht davon aus, daß der Modellversuch Bürgernähe keine Alibifunktion habe, sondern das notwendige Material für weiteres Handeln liefere. Er sei nicht der Meinung, daß es sich dabei um etwas völlig Neues handle. Wenn das Manko allein bei den Beamten liegen solle, müsse man nicht erst bei der Ausbildung, sondern schon bei der Einstellung andere Kriterien zugrunde legen.

Das Land habe in den letzten Jahren eine sehr sterile Polizei herangebildet. Die jungen Leute kämen von der Schulbank, gingen auf die Schulbank der Polizei und würden dann auf die Menschheit losgelassen. Von diesen jungen Polizeibeamten könne man kaum erwarten, daß sie auf den Bürger zügten.

Er fordere seit langem, in der Einstellung so flexibel zu sein, aus allen Berufssparten Leute mit einer gewissen Lebenserfahrung, mit einer beruflichen Ausbildung in die Polizei zu integrieren; denn für sie sei es aufgrund ihrer Lebenserfahrungen leichter, auf andere Menschen zuzugehen. Hinzu komme, daß es auch für die Polizei vorteilhaft sei, wenn die jungen Menschen ihre beruflichen Erfahrungen mit in die Polizeiarbeit einbrächten. Das heiße für ihn nicht, daß die Aus- und Fortbildung nicht weitergeführt werden müsse.

Bürgernähe sei für ihn nichts Neues. Man solle dem Versuch doch einmal die früheren Zustände gegenüberstellen, als es die Einzelposten bzw. Gruppenposten vor Ort noch gegeben habe. Er frage sich, ob dieser Modellversuch überhaupt notwendig gewesen sei oder ob man angesichts der finanziellen und personellen Situation einfach hätte überlegen können, das Großraumrevier zu verkleinern, um an den einzelnen Bürger besser heranzukommen.

Der Modellversuch habe zumindest aufgezeigt, daß es so nicht weitergehe. Eine wesentliche Schlußfolgerung müsse sein, daß man wieder den vor Ort bekannten Beamten bekomme, der für die Ermittlungen der Kriminalpolizei eine hervorragende Vorarbeit leisten könne und leisten werde.

Der Redner ist der Auffassung, daß die mobilen Wachen nicht mehr Bürgernähe verwirklichten. Bürgernähe bedeute für ihn: den "Polizeibeamten zum Anfassen" zu haben, und zwar immer denselben.